



## Langzeitarbeitslosen Türen öffnen!

Die Euphorie am Arbeitsmarkt kennt derzeit keine Grenzen. Monat für Monat wird über die beständig sinkenden Arbeitslosenzahlen berichtet. Die Unternehmen klagen bereits über flächendeckenden Fachkräftemangel. Also Vollbeschäftigung ante portas? Wohl kaum! In den Jubelarien über den Rückgang der Arbeitslosenzahlen wird sich regelmäßig über eine Personengruppe ausgesprochen: die Langzeitarbeitslosen. Welcher Belastung sie ausgesetzt sind, hat der Sozialphilosoph Oskar Negt mit eindrücklichen Worten beschrieben: „Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität der davon betroffenen Menschen.“ Das ist sowohl Diagnose als auch politischer Handlungsauftrag.

Fakt ist: Obwohl die offizielle Zahl der Arbeitslosen seit Jahren rückläufig ist, sind Menschen, die ein Jahr oder länger arbeitslos sind, von diesem Trend weitgehend abgekoppelt. Trotz jahrelangem Konjunkturaufschwung sind immer noch rund 754.000 Personen langzeitarbeitslos. Über 10 Prozent bzw. 77.250 von ihnen leben in Niedersachsen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen niedersächsischen Arbeitslosen liegt mit 36 Prozent deutlich über einem Drittel.

Die Chancen auf eine Erwerbstätigkeit sind für Langzeitarbeitslose extrem niedrig und gleichbleibend schlecht. Die bundesweite Abgangsrate in Beschäftigung in den ersten Arbeitsmarkt stagniert bei gerade einmal 1,6 Prozent (siehe Grafik). Von tausend Langzeitarbeitslosen nehmen im Folgemonat nur sechzehn eine Beschäftigung auf. Weit über 80 Prozent der Abgänge resultieren aus dem Rückzug vom Arbeitsmarkt in die stille Reserve oder Rente. Viele Betroffene sind länger erkrankt oder nehmen an arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen teil.

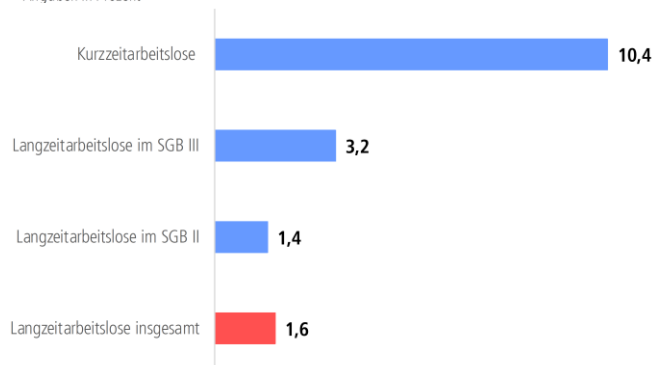
Langzeitarbeitslosigkeit ist ein strukturelles, vorrangig ökonomisch verursachtes Problem. Der freie Markt kann es nicht

regeln. Deshalb ist das auf Bundesebene beschlossene Teilhabechancengesetz zu begrüßen. Ein sozialer Arbeitsmarkt soll für bis zu 150.000 Betroffene eine vom Staat geförderte Stelle in Unternehmen, sozialen Einrichtungen oder Städten und Gemeinden ermöglichen. Rund 3500 Langzeitarbeitslose sollen 2019 dank des neuen Gesetzes in Niedersachsen Arbeit finden. Besonders hervorzuheben: Nach langem Ringen der Gewerkschaften soll sich ihre Bezahlung an Tariflöhnen orientieren, nicht mehr am Mindestlohn. Dieser Schritt war dringend notwendig. Um das zu gewährleisten, zahlt der Staat tarifgebundenen Arbeitgebern zwei Jahre lang 100 Prozent des fälligen Tariflohns. Die Devise lautet: Lieber Arbeit als Arbeitslosigkeit zu finanzieren!

Ein sozialer Arbeitsmarkt kann die Not der Betroffenen beenden und sie aus der Armut herausführen. Gleichzeitig ermöglicht er soziale Teilhabe und trägt dazu bei, dass gemeinwohlorientierte Angebote an Dienstleistungen entstehen und sich ausweiten. Jetzt liegt es in der Verantwortung der kommunalen Jobcenter und der Arbeitgeber die angekündigten Maßnahmen vor Ort umgehend in die Tat umzusetzen. Denn hierdurch wird ein effektiver Beitrag geleistet, die Geißel Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

### Jahresdurchschnittliche Abgangsrate in Beschäftigung 2017

– Angaben in Prozent –



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2018; eigene Darstellung